



Anlage zum Entwurf der Niederschrift

**Besprechungsgegenstand:
ENTWURF der Niederschrift über die
fünfte Sitzung (Sondersitzung)
des Beirates Porz Mitte am**

Amt für Stadtentwicklung und Statistik

Stadthaus Deutz - Westgebäude
Willy-Brandt-Platz 2, 50679 Köln

Auskunft Frau Pöhler, Zimmer 12A61
Telefon 0221 221-27052, Telefax 0221 221-28493
E-Mail stadtentwicklung.statistik@stadt-koeln.de

Datum
03.07.2018

Ort und Datum der Besprechung

Beiratssitzung vom 05.06.2018,
17:00 Uhr bis 19:10 Uhr, Bezirksrathaus Porz

Im Folgenden sind die per Email eingegangenen Korrekturwünsche der Beiratsmitglieder aufgeführt. Stellungnahmen der Verwaltung können in der Sitzung der Bezirksvertretung am 09.07.2018 mündlich erfolgen.

1. Nachmeldung Teilnehmende

Herr Michael Frenzel (Vertreter der Ratsfraktion des Stadtentwicklungsausschusses) wird in der Teilnehmerliste ergänzt, da der Eintrag fehlte.

2. Änderung zum TOP 5

2.1 TOP 5.1 - Verbleib Schulareal

Die Aussage von Frau Schwirten auf Seite 6 unter Punkt 5.1 ("Die Schaffung von Gewerbe- und Einzelhandel sei nicht die Zukunft von Porz.") bezieht sich ausschließlich auf das Schulareal, um den Erhalt der Schul- und Bildungslandschaft zu ermöglichen.

2.2 TOP 5

Herr Breuer als Vertreter des Bündnisses Porz Mitte bittet um folgende Ergänzung der Stellungnahme zum ISEK Porz Mitte:

- Es fehlt die Mitarbeit von Bürgern und Politik bei der Erarbeitung des ISEK. Es gab keine Beteiligung in den Arbeitskreisen.
- Der von der Stadt festgestellte Fehlbedarf von rund 7.000 m² Verkaufsfläche wird im ISEK gänzlich ignoriert und an keiner Stelle ausgewiesen. Mögliche Flächen im Süden der Bahnhofstr. sind begrenzt und voll in privater Hand. Verfügbare Flächen im Norden von Karlstr. und Philipp-Reiss-Str. in Händen der Stadt werden teils anderweitig verplant oder ignoriert, d.h. das vorhandene Entwicklungspotential wird weder ausgewiesen noch als Entwicklungsreserve vorgehalten oder eingeplant.
- Das prognostizierte Wachstum um 10,2% bleibt im ISEK unberücksichtigt.
- Die positiven Investitionen im ISEK basieren nur auf bezuschussbaren Investitionen. Alle Investitionen in städtischer Eigenverantwortung wurden gestrichen.
- Der Verkehr wird im ISEK auf einer halben Seite erledigt. Es gibt keinerlei Lösungsvorschläge. Es fehlt ein zwingend nötiges Verkehrskonzept.
- Die Porzer Bürger haben der Verwaltung bereits Anfang 2017 einen schlüssigen Vorschlag vorgelegt, der mit keinem Wort aufgegriffen wird!

Fazit:

Das Flächenpotenzial in städtischer Hand ist Entwicklungspotenzial und darf keinesfalls durch kurzzeitige Entscheidungen verbraucht werden.

Die notwendige Verzahnung der Porzer City mit dem Kleinod Rheinufer ist nicht erkennbar und bleibt als Herausforderung unerledigt, die dafür notwendige Entlastung der Hauptstr. durch ein

Verkehrskonzept mit neuer L 82 ungelöst. Das ISEK degradiert Porz zum Nahversorgungszentrum, die nötige Entwicklung zum Bezirks- und Mittelzentrum ist mit diesem ISEK nicht erreichbar.

Herr Dr. Schäfer als Vertreter des Bündnisses Porz Mitte bittet um folgende Ergänzung der Stellungnahme zum ISEK Porz Mitte:

- Mein Nachfrage zu S. 29 bezog sich auf die Formulierung des ISEKs, dass die Aufenthaltsqualität des Platzes durch eine Bebauung des Platzes gesteigert würde - im Protokoll wird dieser logische Widerspruch nicht deutlich, den Herr Hülsebusch auch als ungeschickte Formulierung eingeräumt hat.
- Die Erläuterungen von Herrn Hülsebusch zu S. 59 sind im Protokoll zu unkonkret zusammengefasst - so kann man die Darstellung nicht nachvollziehen.
- Die Formulierungen des Beschlusses zu 5.2. ist zu vage. Der Beirat empfiehlt nicht die Aufnahme von sozialen Projekten zu empfehlen, sondern er empfiehlt die Aufnahme sozialer Projekte. Hier sind im Beschluss einige "empfehlen" zu viel drin, dadurch klingt der Beschluss unverbindlicher, als er in der Sitzung beschlossen wurde. Dies gilt ebenfalls für die Formulierung des Beschlusses in 5.3.

3. Änderungen zum TOP 6 - Anträge

Herr Dr. Schäfer als Vertreter des Bündnisses Porz Mitte bittet um folgende Ergänzung:

- Bei Antrag 6.5. ist das "jedoch" nicht nachvollziehbar, da es einen Widerspruch suggeriert, der faktisch nicht bestand/besteht. Ich habe als Antragsteller selbst auf die Möglichkeit der Einbettung unter 4.06 des ISEKs hingewiesen.
- Zu Antrag 6.6 erfolgte eine Abstimmung, deren Ergebnis hier fehlt - der Antrag wurde ohne Gegenstimmen angenommen. Es wurde sich darauf verständigt, dass das Bündnis Personen nennen sollte, die als Vertreter für Menschen mit Migrationshintergrund den Beirat bereichern könnten. Frau Riemann wies in diesem Zusammenhang darauf hin, dass sicher gestellt sein müsse, dass die Person auch das gesamte Spektrum und nicht nur partikuläre Gruppierungen repräsentiere.
- Zu Antrag 6.8. gab es zuvor bereits eine Abstimmung. Der Antrag wurde ohne Gegenstimmen angenommen. Hier ist das Protokoll grob verfälschend.
- Bei den Anträgen 6.7 und 6.9 wurde auf eine Einzelabstimmung verzichtet, nachdem Vertreter der BV versichert hatten, man werde diese Vorschläge "so in die BV nehmen". Ausführungen der Verwaltung hierzu, wie sie im Protokoll aufgenommen worden sind, erfolgten nicht im einzelnen und auch nur einmal summarisch unter Antrag 6.6, nicht aber bei jedem Antrag erneut - das ist schon allein deshalb nicht möglich, weil bei Antrag 6.7. und 6.8. nur summarisch eine Übernahme in die BV signalisiert wurde und eine konkrete Einzelabstimmung damit unterblieb, in deren Rahmen, da nicht stattgefunden, ergo auch keine Erläuterung der Verwaltung erfolgen konnte. Die im Nachgang eingefügten Kommentare der Verwaltung geben nicht den Sitzungsverlauf wider und müssen hier unseres Erachtens ersatzlos gestrichen werden, da sie grob verfälschend wirken. Die Etikettierung des jeweils gleichlautend eingefügten Kommentars der Verwaltung als »Ergebnis« ist unzutreffend, weil dies nicht das Ergebnis der Beratungen zu dem jeweiligen Punkt war.
- Die Aufgabe eines Protokolls ist es, den tatsächlichen Sitzungsinhalt widerzugeben: die zahlreichen eingefügten Kommentare der Verwaltung zu den Anträge 6.7, 6.8., 6.9 gehören nicht in das Protokoll, weil sie den Sitzungsverlauf nicht wiedergeben und auch in dieser Form nicht vorgebracht oder beschlossen wurden. Die Anträge wurden insgesamt in Einzelabstimmungen beschlossen bzw. bei 6.7 und 6.9. summarisch von den Vertretern der BV als Anregung aufgegriffen, weshalb eine Abstimmung im einzelnen entbehrlich erschien. Das, und nur das, müsste das Protokoll wiedergeben. Dass die Verwaltung hier eine andere Position vertritt, kann diese in einer separaten Stellungnahme deutlich machen, ist aber nicht Bestandteil des Protokolls, das durch diese Zusätze grob verfälscht wird.